

# Sachverständigenrat Frühjahrsgutachten 2026

„Sozialversicherungen reformieren, Anstieg der Beitragssätze dämpfen“

## 1. Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die durch die Politik der US-Regierung hervorgerufenen handelspolitischen Verwerfungen haben die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr nicht daran gehindert, robust zu wachsen. Gegenüber 2024 lag die weltweite Wirtschaftsleistung im Jahr 2025 um 2,7 Prozent höher. Überdurchschnittlich stark expandierte das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten und dritten Quartal mit jeweils +0,8 Prozent. Im ersten und vierten Quartal lag das Plus bei jeweils 0,5 Prozent. Für die Schwankungen waren vor allem die USA verantwortlich.

Ins Jahr 2026 ist die Weltwirtschaft dynamisch gestartet. Mit dem Beginn des Iran-Kriegs ist die Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung zugleich stark gestiegen. So hat der Konflikt, insbesondere wenn er noch länger anhält, eine dämpfende Wirkung auf die globale Konjunktur. Das Wachstum des globalen Bruttoinlandsprodukts wird im Jahr 2026 deshalb auf +2,3 Prozent absinken. Für das Jahr 2027 erwarten die Wirtschaftsforscher ebenfalls ein Plus von 2,3 Prozent. Verantwortlich für die negativen Impulse auf die Konjunktur ist in erster Linie die faktische Blockade der Straße von Hormus, einer der weltweit wichtigsten Handelsrouten. Durch sie werden 20 Prozent des globalen Ölverbrauchs und ein ebenso hoher Anteil des weltweit gehandelten Flüssigerdgases transportiert. Darüber hinaus passieren große Mengen weiterer für die Weltwirtschaft relevanter industrieller Vorprodukte die Meerenge.

Die Verknappung der beiden wichtigen Energierohstoffe Erdöl und Flüssigerdgas wirkt sich unmittelbar auf die globalen Energiepreise aus. Dieser Energiepreisschock wiederum wirkt sich über Zweitrundeneffekte auf viele weitere Produkte aus. Die Folgen sind eine geringere Kaufkraft der Verbraucher, steigende Zinsen sowie höhere Produktionskosten für die Unternehmen. Der Sachverständigenrat rechnet damit, dass der Ölangebotsschock das Konsumentenvertrauen schwächt, die Einzelhandelsumsätze sinken lässt und auch der industrielle Output unter Druck gerät.

Die Industrieproduktion legte im Jahr 2025 robust zu. Gegenüber 2024 lag der globale Output um 3,2 Prozent höher. In der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich die Entwicklung sogar und setzte sich in den ersten beiden Monaten des Jahres 2026 fort. Aufgrund des Iran-Kriegs rechnet der Sachverständigenrat zugleich mit einer deutlichen Abschwächung der Dynamik.

Das Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten wuchs im vergangenen Jahr um 2,1 Prozent im Vergleich zum Jahr 2024. Damit ging das Wachstum im Vergleich zu den Vorjahren zurück. 2024 war die US-Wirtschaft noch um 2,8 und 2023 sogar um 2,9 Prozent

gewachsen. Verantwortlich für die schwächere Entwicklung waren ein negativer Außenbeitrag durch stark gestiegene Importe im ersten Quartal sowie ein schwacher Staatskonsum im vierten Quartal 2025 aufgrund der Haushaltssperre. Die stark gestiegenen Importe im ersten Quartal kamen vor allem durch Vorzieheffekte zustande. Im ersten Quartal 2026 stieg das BIP der USA um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Dieses Wachstumstempo dürfte sich im Laufe des Jahres abschwächen, wofür in erster Linie die Auswirkungen des Irankriegs verantwortlich sind. Für die Jahre 2026 und 2027 rechnet der Sachverständigenrat mit einem Wachstum der US-Wirtschaft um jeweils 1,9 Prozent. Die Inflationsrate dürfte sich, auch aufgrund des Irankriegs, auf 3,6 Prozent (2026) und 2,9 Prozent (2027) erhöhen.

Die chinesische Wirtschaft wuchs offiziellen Angaben zufolge im vergangenen Jahr um 5,0 Prozent. Gestützt wurde das Wachstum unter anderem durch steigende Exporte in andere asiatische Länder und nach Europa. Die Ausfuhren in die USA gingen indes merklich zurück. Im Laufe des Jahres 2025 hatte sich das Wachstum der chinesischen Industrieproduktion abgeschwächt. Dennoch konnte China seine gesamtwirtschaftliche Dynamik im ersten Quartal 2026 beibehalten. Gegenüber dem vierten Quartal 2025 expandierte die Wirtschaft um 1,3 Prozent. Hierzu trugen neben steigenden Exporten auch staatliche Unterstützungsmaßnahmen bei. Im Laufe des Jahres dürfte sich das Wachstum abschwächen. Der private Konsum steht weiterhin unter dem Eindruck der seit Jahren anhaltenden Immobilienkrise. Die Industrie kämpft zudem mit steigenden Produktionskosten bei gleichzeitig rückläufiger internationaler Nachfrage.

Die wirtschaftliche Dynamik in der Eurozone verlief auch im Jahr 2025 im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Die Wirtschaftsleistung stieg um 1,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr (+0,9 Prozent) konnten die Länder der Eurozone ihr Wachstumstempo hingegen leicht erhöhen. Zur wirtschaftlichen Belebung trugen eine höhere Investitionstätigkeit sowie eine dadurch angetriebene höhere Industrieproduktion bei. Die wirtschaftliche Dynamik der einzelnen Mitgliedsländer entwickelte sich weiter heterogen. Während die spanische Wirtschaft weiterhin dynamisch wächst, expandieren die italienische und die französische Wirtschaft kaum noch.

Das größte Risiko für die globale Konjunktur besteht darin, dass die Verfügbarkeit wichtiger Energierohstoffe und industrieller Vorprodukte aus der Golfregion über einen längeren Zeitraum eingeschränkt bleibt. Dies könnte zu einem höheren Inflationsdruck als erwartet und zu umfangreichen Störungen in globalen Wertschöpfungsketten führen. Darüber hinaus sieht das Gutachten die Gefahr, dass die Geschäftspotenziale amerikanischer Technologieunternehmen – insbesondere im Bereich KI – überschätzt werden. In den vergangenen Jahren haben steigende Aktienkurse zu merklichen Vermögenszuwächsen vor allem in den USA geführt. Diese Vermögenszuwächse haben den privaten Konsum in den USA relevant gestützt. Fällt diese Unterstützung weg oder kehrt sich sogar um, könnte dies die US-Konjunktur und damit auch die globale Konjunktur merklich belasten.

## 2. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich seit 2019 nur sehr schwach, was nach Einschätzung des Sachverständigenrats nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Ursachen hat. Das sind insbesondere die sinkende Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industriegüter auf dem Weltmarkt sowie die demografische Entwicklung. Letztere verringert nicht nur das Arbeitsvolumen, sondern verursacht zudem eine deutliche Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge. Dies verringert die Nettoeinkommen der Haushalte und erhöht die Arbeitskosten der Unternehmen.

Aktuell wird die deutsche Wirtschaft vor allem durch die Folgen des Iran-Kriegs belastet. Die stark gestiegenen Energiepreise senken die Kaufkraft der Konsumenten und erhöhen die Produktionskosten der Unternehmen. Konjunktur stützend wirken die im Rahmen der beiden Sondervermögen erhöhten öffentlichen Ausgaben. Der Sachverständigenrat erwartet für das laufende Jahr eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland um 0,5 Prozent. Damit hat er seine Prognose vom Herbst letzten Jahres um 0,4 Prozentpunkte gesenkt. Für 2027 prognostiziert der Rat ein BIP-Wachstum von 0,8 Prozent.

Der private Konsum, der im vergangenen Jahr noch spürbar um 1,6 Prozent ausgeweitet wurde, wird im laufenden Jahr durch die gestiegene Inflation gebremst. Der Sachverständigenrat rechnet mit einer Preissteigerungsrate von 3,0 Prozent. In der Folge nehmen die Realeinkommen um lediglich 0,1 Prozent zu. Bei einer leicht sinkenden Sparquote wird der private Konsum 2026 nur um 0,3 Prozent zunehmen. Im kommenden Jahr wird der Konsum bei einer Inflation von 2,8 Prozent um 0,5 Prozent ausgeweitet.

Die staatlichen Konsumausgaben werden – vor allem wegen höherer Ausgaben im Gesundheitsbereich sowie konsumtiver Vorleistungen im Verteidigungsbereich – spürbar um jeweils 1,8 Prozent in diesem und im kommenden Jahr ausgeweitet werden.

Die Bauinvestitionen werden dem Sachverständigenrat zufolge im laufenden Jahr wieder steigen. Dazu tragen zum einen die steigenden öffentlichen Infrastrukturausgaben bei. Aber auch der Wohnungsbau sollte wieder expandieren, worauf die schon seit längerem zunehmenden Baugenehmigungen hindeuten. Bremsende Effekte können aber zum einen von verteuerten Baustoffen ausgehen, zum anderen sind zur Inflationsbekämpfung Zinssteigerungen denkbar, die die Baufinanzierung erschweren. Der Rat erwartet eine Zunahme der Bauinvestitionen um 1,1 Prozent in diesem und um 2,3 Prozent im kommenden Jahr.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden ebenfalls zunehmen, vor allem in Form von staatlichen Verteidigungsausgaben. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen hingegen dürften angesichts der hohen Energiekosten und der schwachen Wirtschaftslage im laufenden Jahr nochmal zurückgehen, sodass die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt nur um 0,2 Prozent steigen. Erst im kommenden Jahr erwartet der Sachverständigenrat wieder ein Anziehen

der privatwirtschaftlichen Investitionen, sodass die Ausrüstungsinvestitionen 2027 insgesamt um 3,1 Prozent zulegen werden.

Angesichts der angespannten geopolitischen Lage bleiben die Exportperspektiven schwach. Hinzu kommen die US-Zollpolitik, die starke Konkurrenz durch China sowie die Aufwertung des Euro. Folglich rechnet der Rat mit einer Stagnation der deutschen Exporte im laufenden Jahr, im kommenden Jahr sollten die Ausfuhren dann um 0,9 Prozent zulegen. Die Importe werden dagegen in diesem Jahr um 0,8 Prozent zunehmen, u. a. wegen der Nachfrage nach ausländischen Verteidigungsprodukten. Auch der starke Euro stützt die Importe. 2027 soll das Importplus sogar bei 2,0 Prozent liegen.

Die konjunkturelle Schwäche wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Zwar gibt es nach wie vor wenige Neuzugänge in Arbeitslosigkeit, angesichts der geringen Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist aber auch die Chance gering, aus der Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung zu kommen. Die Arbeitslosenquote wird der Prognose nach im Jahresdurchschnitt 2026 leicht von 6,3 auf 6,4 Prozent steigen, im Jahr 2027 dann auf 6,2 Prozent sinken. Die Zahl der Erwerbstätigen wird sowohl 2025 als 2026 leicht zurückgehen, was auch demografische Gründe hat.

### 3. Wirtschaftspolitik

In seinen wirtschaftspolitischen Empfehlungen fokussiert sich der Sachverständigenrat diesmal auf die Sozialversicherungssysteme und fordert grundlegende Reformen ein. Bei unveränderter Rechtslage würde der Gesamtbeitragssatz nach einer Simulationsrechnung bis 2040 auf fast 50 Prozent steigen.

Die Finanzen der Gesetzlichen Krankenversicherung sollten nach Ansicht des Sachverständigenrats im Wesentlichen durch eine Dämpfung der Ausgabensteigerungen stabilisiert werden. Hierfür ist auch eine größere Effizienz der Mittelverwendung notwendig. Ebenso plädiert der Rat für eine Stärkung der Gesundheitsprävention. Maßnahmen zur Einnahmensteigerung, etwa höhere Bundeszuschüsse für versicherungsfremde Leistungen, können ergänzend zu den Ausgabenbegrenzungen getroffen werden.

Die Pflegeversicherung sollte nach Ansicht des Rats als Teilversicherung erhalten bleiben, die Leistungen müssten aber begrenzt und zielgenauer ausgestaltet werden. Zudem sollten die finanziellen Belastungen zwischen den Generationen durch eine kohortenspezifische Kapitaldeckung gerechter verteilt werden.

#### 4. Eckdaten der Prognose für Deutschland

<i>Sofern nicht anders angegeben preisbereinigt, Veränderung gg. Vj. in Prozent</i>	Prognose Sachverständigenrat		
	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt	+0,2	+0,5	+0,8
Private Konsumausgaben	+1,6	+0,3	+0,5
Konsumausgaben des Staates	+1,3	+1,8	+1,8
Ausrüstungsinvestitionen	-1,9	+0,2	+3,1
Bauinvestitionen	-0,6	+1,1	+2,3
Sonstige Anlageinvestitionen	+3,8	+3,5	+3,6
Exporte	-0,4	±0,0	+0,9
Importe	+3,6	+0,8	+2,0
Exportüberschuss, nominal, in Mio. Euro	105,3	53,1	25,4
Verbraucherpreise	+2,2	+3,0	+2,8
Produktivität je Stunde	+0,4	+0,8	+0,9
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen, nominal	-1,4	+0,7	+5,1
Arbeitnehmerentgelt, nominal	+5,1	+3,6	+3,7
Bruttolöhne u. -gehälter, nominal	+4,6	+3,5	+3,6
Nettolöhne u. -gehälter, nominal	+3,8	+2,6	+2,7
Lohnstückkosten, real	+1,5	+0,3	-0,1
Erwerbstätige, in Tsd.	45.982	45.905	45.875
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, in Tsd.	34.963	34.982	35.002
Arbeitslose, in Tsd. (nationale Definition)	2.948	2.997	2.936
Arbeitslosenquote (in Prozent aller inländischen Erwerbspersonen)	6,3	6,4	6,2

#### Ansprechpartner

**Elias Kerperin**

Abt. Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422

elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de